oder noch mehr Kapitalgesellschaften gebildet. Im Durchschnitt aller Betriebe sind aus 100 ehemaligen volkseigenen Betrieben 122 Kapitalgesellschaften entstanden.

Im Ergebnis der Umwandlung der volkseigenen Betriebe in Kapitalgesellschaften bestehen nunmehr über 3 600 klein- und mittelständische Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten, und das sind rund 40 % aller Firmen mit Treuhandbeteiligung. Ich komme auf diesen Zusammenhang in ein paar Minuten noch einmal zurück.

Dritter Punkt: Sanierung - unser gesetzlicher Auftrag: In den vergangenen Monaten bewegte viele immer wieder die Frage, wieviel Unternehmen liquide, wieviel sanierungsfähig oder wieviele konkursverdächtig sind. Tatsächlich ist die Antwort darauf sowohl für jedes Unternehmen notwendig wie auch für eine Bewertung sektoraler und regionaler Entwicklung. Es hat sich immer mehr erwiesen, wie recht alle gehabt haben, die den verschiedenen Prozentrechnungen wenig Glauben schenken und eine Wertung von unternehmensbezogenen Konzepten unter Vorlage einer zumindest ersten DM Eröffnungsbilanz abhängig machten.

Sowohl die Treuhandanstalt als auch die Banken werden die Ausreichung von Sanierungsmitteln von der Einschätzung der Risiken und Chancen des Unternehmens im zukünftigen Wettbewerb abhängig machen. Hierzu ist die Vorlage eines schlüssigen und realistischen Sanierungskonzepts seitens der Unternehmen dringend erforderlich. Wir haben dazu allen Unternehmen einen Leitfaden zur Ausgestaltung von Sanierungskonzepten gegeben. In diesen Tagen geht im übrigen eine sehr umfangreiche Anleitung an alle Kapitalgesellschaften heraus, die ihnen eine Handreichung gibt zur Errichtung ihrer Organe, ihrer Vorstände, der Mitbestimmungsregime. Das alles ist relativ kompliziert, aber ich denke, daß wir binnen kurzem dort Klarheit, Transparenz und eine korrekte Zusammensetzung haben.

Die Treuhandanstalt wird auf der Basis dieses eben genannten Sanierungskonzepts, dieser Leitlinie, und anhand allgemeiner Unternehmensinformation die Einschätzung der Risiken und Chancen des Unternehmens vornehmen. Ich möchte betonen, daß wir dort mit einer behutsamen Konsequenz zu Werke gehen und nicht vorschnell, eilig und unbedacht Unternehmen in die Stilllegung hineingeben. Es gibt ein eingespieltes Team von Wirtschaftsprüfern, es gibt allgemeine Beurteilungskriterien, es gibt Regelwerke, und das Ganze fängt an, Wirkung zu zeigen.

Zum Thema Stilllegung, meine Damen und Herren: Es gibt angeblich eine Liste von 300 Unternehmen, von denen die Treuhandanstalt angeblich meint, daß sie nicht lebensfähig seien. Ich kann diese Liste so hier vor Ihnen nicht bestätigen. Wir haben eine Reihe von Fällen - 144 - bisher untersucht und werden daran weiter arbeiten. Was besonders wichtig ist bei den Stilllegungen, meine Damen und Herren, ist das: wenn ein großer Fall tatsächlich nicht mehr fortgeführt werden kann und die Situation eintritt, daß wir dann eine örtliche Organisation zur Verfügung haben der Kammern, der Arbeitsverwaltung, der Kommunen, was das Vorziehen von Investitionen angeht, was das Zurverfügungstellen von Grundstücken angeht. Wir müssen einen Plan und eine Vorstellung haben, was mit den Lehrlingen geschieht. Das heißt also, es muß ein Umfeld geschaffen werden in einer Region, wo ein großes Unternehmen nicht weitergeführt werden kann, das als Ansprechpartner zur Verfügung steht für die Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren.

Ich möchte eine nächste Bemerkung machen, meine Damen und Herren, zur Geschäftspolitik der Treuhandanstalt. Die Treuhandanstalt ist kein Basar, in dem das höchste Angebot über den Kauf entscheidet und sonst nichts. Wir sind verpflichtet, einen möglichst hohen Erlös für das uns anvertraute Gut zu erzielen, aber das kann nicht der alleinige und einzige Maßstab sein.

Nach Auffassung meiner Kollegen und von mir selbst ist es wichtig, daß in der Arbeit der Treuhandanstalt sich auch so etwas verwirklicht, wie der Versuch, Wettbewerbsstrukturen, marktwirtschaftliche Strukturen zu schaffen, mit denen die Treuhandanstalt sich auch noch in zehn und zwanzig Jahren sehen lassen kann. Es muß eine Mittelstandspolitik gemacht werden. Und es geht nicht darum, nun sehr schnell staatliche Monopole durch marktbeherrschende Unternehmen von außerhalb der DDR zu ersetzen. Das ist ein Punkt.

Der zweite Punkt ist, daß wir aufs äußerste bemüht sind um ein möglichst hohes, ein sehr hohes Maß an Transparenz unserer Arbeit. Wir wollen, daß nachvollziehbar ist, was wir tun. Und das ist vor allen Dingen deshalb wichtig, weil natürlich in vielen Fällen, wo sich mehrere um ein Objekt, um eine Gesellschaft, ein früheres Kombinat bemühen, immer nur einer durch das Ziel gehen kann und danach gefragt wird, wie es sich zugetragen hat. Auch das hängt uns ja aus der Anfangszeit der Treuhandanstalt an.

Und diese Transparenz ist besonders wichtig im Hinblick auf den dritten Gesichtspunkt unserer Arbeit, die Internationalität. Ich glaube, daß wir gegenüber dem Ausland, gegenüber der Europäischen Kommission verpflichtet sind, auf eine Durchsichtigkeit und Nachvollziehbarkeit unserer Arbeit besonderen Wert zu legen. Und ich möchte hier auch noch einmal betonen, wie sehr es uns darauf ankommt, daß auch ausländische Investoren hier in der DDR investieren, sich niederlassen und Arbeitsplätze schaffen.

Die Objektivität unserer Arbeit steht ganz oben, und meine Kollegen und ich selbst - das möchte ich hier auch einmal sagen - sind über jeden Verdacht erhaben, daß wir in irgendeiner Weise uns affine Interessen in die Arbeit der Treuhandanstalt einbringen. Das gilt für mich, der ich ja auch noch einen bürgerlichen Beruf nebenbei habe und eine Firma, der ich angehöre, und das gilt auch für meine Kollegen. Und wir sind in diesem Punkt ein bißchen empfindlich. Aber ich möchte Ihnen hier versichern, daß Motive anderer Art als die, wie sie sich aus den Aufgaben, die uns aufgetragen sind, ergeben, uns vollkommen fremd sind.

Ein Wort zur Organisation jetzt, zur Treuhandanstalt. Meine Damen und Herren, die Organisation am Alexanderplatz schreit fort. Es gibt mittlerweile neun Vorstandsressorts, die überwiegend besetzt sind. Ich nehme an, daß alle Besetzungen spätestens am Dienstag erfolgen. Und damit ist die Organisation der Zentrale vorläufig abgeschlossen.

Ein zweiter Punkt ist die bisher noch nicht vollzogene Gründung der Treuhandaktiengesellschaften, die uns das Treuhandgesetz aufgegeben hat. Rundheraus gesagt, meine Damen und Herren: Ich habe diesen Gedanken eingeführt, Abstand zu nehmen - jedenfalls zunächst einmal - von der Bildung dieser Treuhandaktiengesellschaften, weil mir klar geworden ist, daß die Entwicklung in der DDR darüber hinweggegangen ist. Wir hätten nach meiner Auffassung einen Fehler gemacht, wenn wir uns jetzt daran begeben hätten, diese Treuhandaktiengesellschaften in den kommenden Ländern der DDR zu gründen; denn die ersten Sitzungen des Verwaltungsrates, Herr Dr. Steinecke, haben ja gezeigt, wie groß die Fülle der Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Treuhandanstalt und Treuhandaktiengesellschaften war, welche Koordinierungsschwierigkeiten auf uns zugekommen wären und wie unendlich schwer es geworden wäre, diese sehr, sehr großen Treuhandaktiengesellschaften personell zu besetzen. Ich bin also der Überzeugung, daß wir mit dem Aufbau dieser vorgesehenen Aktiengesellschaften Monate gebraucht hätten, dieunsvonder eigentlichen Arbeit, unserer eigentlichen Aufgabe, abgezogen hätten. Und ich bekenne mich also zu der Nichterfüllung des Gesetzes und vertraue mich Ihrer Weisheit an, wie dieses Problem rektifiziert, korrigiert und in Ordnung gebracht werden kann.

Ich habe neulich etwas lax gesagt: Erst kommt das Leben und dann die Paragraphen. Ich entschuldige mich vor dem Gesetzgeber für dieses Wort, aber es ist vielleicht nicht ganz falsch. Jedenfalls ermöglicht es uns, nun im Interesse der Betriebe und der Arbeitnehmer in der DDR so schnell wie möglich voranzugehen.

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund wird natürlich die Errichtung der Außenstellen der Treuhand ganz besonders wichtig. Wir wollen ja nicht im Elfenbeinturm sitzen, sondern wir wollen in einer vernünftigen regionalen Vorortverantwortung unsere Arbeit tun. Und das bedeutet, daß wir die Außenstellen - oder wie wir gern in Anlehnung an Großbankjargon sagen: die Niederlassungen - sehr pflegen, ausbauen, durchpusten, uns angucken, prüfen, personell neu besetzen und aus diesen Außenstellen wirklich vor Ort das machen, was die Wirtschaft erwartet.

Es ist so, daß jede dieser Außenstellen etwa 250 oder 300 kleinere oder mittelständische Betriebe führen wird. Das wird ihnen anvertraut werden. Sie werden einen Entscheidungsrahmen ha-